„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Ein kräftiges Wort für die Heimstättensiedler

Nicht nur die Einwanderungsfrage, sondern auch die mit ihr in engem Zusammenhang stehende Kolonisationsfrage beschäftigt heute lebhaft die Gemüter aller Canadier, die für die hochwichtige Bedeutung dieses Problems Interesse und Verständnis haben. Ohne Zweifel bietet der canadische Westen noch gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten, die bisher kaum geahnt und noch weniger erschlossen sind. Besondere Beachtung verdient in dieser Beziehung der nördliche Teil von Saskatchewan, wo noch ausgedehnte Landstrecken in bewaldeten und nicht bewaldeten Gebieten den Pionierfarmer erwarten, der die Schätze des Bodens zu heben versteht. Sind es auch nicht Schätze von Gold und Silber, oder anderen edlen und unedlen Metallen, so kann doch dieses Nordland von Saskatchewan zu einem „goldenen Boden" für Tausende und Abertausende von robusten, arbeitswilligen, zäh ausdauernden und unternehmungslustigen Menschen werden, die sich auch von der schweren Buscharbeit nicht abschrecken lassen. Diese Art von Leuten hat auch ein Korrespondent des „Saskatoon Star", F. J. Lange, M.A., Battleford, Sask., im Auge, wenn er schreibt:

„Canada will Ansiedler, die auf eigenen Füßen stehen können und nicht mit dem Löffel gefüttert werden müssen. Leute, für die die Regierung Gebäude hinstellen und 80 Acker Neubruch auf jeder Heimstätte liefern muß, haben für das Land keinen großen Wert. Wenn der Ansiedler keine eigene Energie und Initiative hat, ist es zwecklos, ihm helfen zu wollen, denn die Hilfe ist einfach verschwendet. Aber wenn er den richtigen Geist zum Schaffen und Arbeiten mitbringt, verdient er Hilfe, die ihm freigebig und bereitwillig in sicheren Grenzen gewährt werden sollte; denn die Regierung darf nicht zu verschwenderisch sein."

Der Artikelschreiber unterbreitet auch einen bestimmten Vorschlag für die Hilfe, die dem Ansiedler gewährt werden sollte, indem er meint:

„Man könnte mit vollkommener Sicherheit jedem Ansiedler auf Heimstättenland $10 für jeden Acker, den er klar und kultiviert, gestrecken. So weit könnte man ruhig gehen, und es würde eine große Erleichterung und ein starker Anreiz sein. Man erhebe das zum Gesetz und wird mit Gewißheit erleben, wie der Busch und das Gestrüpp im im Nordland verschwinden. Man würde nicht nur zwei Millionen, sondern nahezu 20 Millionen Einwanderer bekommen. Mit dem, was diese kaufen und verkaufen könnten, würden alle Fabriken und Bergwerke im britischen Reiche Ueberstunden arbeiten und es würde sich eine Prosperität entwickeln, wie wir sie noch nie erträumt haben. Die Regierung bräuchte nicht zu befürchten, daß sie auch nur einen Dollar von dem vorgestreckten Geld verlieren würde. Durch Klären und Aufbrechen des Landes beweist der Ansiedler, daß er Unterstützung verdient und daß man ihm vertrauen kann. Es ist natürlich mehr als $10 per Acker wert, das Land zu klären und aufzubrechen. Das so vorgestreckte Geld sollte als Schuld auf die Heimstätte, die damit eine Werterhöhung erzielt hat, gelegt werden. Würde ein Heimstätter wegziehen, so würden andere gerne seine Stelle annehmen und auch die auf dem Land ruhende Verschuldung übernehmen; denn das Aufbrechen würde mehr wert sein, als der neue Heimstätter dafür zahlen müßte.

„General McRae (konservativer Abgeordneter, der im Unterhause zu Ottawa einen Kolonisationsplan vorlegte) möchte alle unerwünschten Rassen ausgeschlossen sehen. Ich kann aber dem General versichern, **daß es in Europa überhaupt keine unerwünschten Rassen gibt.** Jeder weiße Mann, der in dies Land kommt, eine Heimstätte aufnimmt, sie kultiviert und treu die Gesetze beobachtet, ist von großem Werte und würde es verdienen, daß man ihn mit Blechmusik und einer Begrüßungsansprache in Halifax oder Quebec, wo er gerade landet, öffentlich empfängt."

Das ist gewiß ein begrüßenswertes kräftiges Wort für die nichtbritischen Einwanderer, die man beim Aufbau Canadas nicht entbehren kann. Als besonderes erwünscht müssen aber die deutschen Einwanderer gelten, da sie die wertvollsten Eigenschaften besitzen, die ein junges Land wie Canada notwendig braucht, wenn es aus den Kinderschuhen der Entwicklung herauswachsen will.

Südtirol und das Minderheitsrecht

Der Verein für das Deutschtum im Auslande hat in einer beachtenswerten Kundgebung gegen das bittere Unrecht protestiert, das unseren deutschen Brüdern in Südtirol zugefügt wird. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Mit tiefer innerer Anteilnahme verfolgt das deutsche Volk im Deutschen Reich das Schicksal der deutschen Minderheiten innerhalb nichtdeutscher Staatsgebiete. Während einzelne Staaten sich bemühen, die kulturelle und volkstümliche Eigenart der in ihrem Gebiet wohnenden deutschen Minderheiten zu achten, sieht sich in anderen Staatsgebieten das Deutschtum den schwersten Bedrückungen ausgesetzt. Insbesondere kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das den Deutschen in Südtirol bei ihrem Uebergange in den Staatsverband des Königreichs Italien verpfändete Königswort auf Schutz ihrer Kultur und ihrer deutschen Eigenart nicht eingehalten, sondern daß planmäßig auf die Vernichtung dieser Eigenart hingearbeitet wird.

„Das Recht des Menschen auf sein Volkstum und seine Kultur ist genau so ein Menschenrecht, wie das Recht auf persönliche Freiheit. Der Staat, der hiergegen verstößt, versündigt sich an den ursprünglichen Menschheitsrechten und Kulturgeboten.

„Wie das deutsche Volk die Eigenart der im Staatsgebiet des Deutschen Reiches wohnenden nationalen Minderheiten stets achten wird, so verlangt es die gleiche Achtung auch der deutschen Minderheiten in fremden Staatsgebieten. **Erhaltung der deutschen Muttersprache in Haus, Kirche und Schule, Erhaltung deutschen Volkstums und deutscher Volkssitte sind ein Kulturrecht des Deutschen, gleichviel in welchem Staatsgebiet er wohnt.** Auch im nichtdeutschen Staatsgebiet soll der deutschstämmige Bewohner loyaler Staatsbürger dieses Staates sein, aber das kann er nur sein, wenn man in ihm den deutschen Menschen achtet. Den Deutschen im deutschen wird kein Gewaltakt vernichten können. Der Staatsmann wäre ein schlechter Kenner seiner eigenen Nation und der in ihr ruhenden Kulturkraft, der da glauben wollte, durch Bedrückung des Deutschtums etwas anderes zu erreichen, als den nur doppelt zähen Willen zur Erhaltung der deutschen Art und die millionenfältige Anteilnahme des deutschen Volkes an dem Schicksal der bedrückten Volksgenossen.

„Das geschriebene Recht des Völkerbundpaktes und der ihm nachfolgenden Verträge kennt nur im beschränkten Umfange einen Schutz der Minderheiten, aber dem ungeschriebenen Recht der Menschheit ist dieser Schutz ein selbstverständliches Gebot, und der Völkerbund, der sich mit wachsendem Erfolge bemüht, die materielle und soziale Not der Menschheit zu lindern, würde sich selbst verleugnen, wenn er verständnislos bliebe gegenüber der seelischen Not derer, denen das Menschheitsrecht auf Erhaltung ihrer Muttersprache, ihrer Sitte und das Recht auf Erhaltung der Heiligtümer ihres Volkstums geraubt werden soll. Es gibt kein zivilisiertes Volk in der Welt, das den Raub am materiellen Eigentum nicht verdammt, es darf auf der Welt auch keinen Staat geben, der, ohne vor der Weltöffentlichkeit gebrandmarkt zu sein, ungehindert Raub begehen dürfte am seelischen Gehalt und am Volkstume seiner nationalen Minderheiten."

Weltumschau

Deutschland als Republik In der Münchener Ortsgruppe der Vereinigung republikanische Presse hielt Geheimrat Lujo Brentano, ein berühmter deutscher Nationalökonom, einen Vortrag, in dem er unter anderem erklärte: „Ich bin nicht von Haus aus Republikaner. Was mich dazu gemacht hat, ist die Ueberzeugung, daß Deutschland in seiner heutigen Lage nur in der republikanischen Staatsform wieder erstehen kann." Professor Brentano wies sodann auf das englische Vorbild einer kräftigen Selbstregierung in lokaler Verwaltung und Provinzialverwaltung hin. Die selbstverantwortliche Demokratie müsse in der Gemeinde beginnen. Das Parlament sei nur das Tüpfelmachen auf dem i.

Der deutsche Wahlkampf. Mit dem Anbruch der Karwoche haben die Mitglieder des Kabinetts die Reichshauptstadt verlassen und sich in ihre Heimat begeben, um dort die Osterfeiertage zu verbringen. Die den einzelnen Parteien entnommenen Minister benützen die Zeit zugleich, um in die Kampagne für die am 20. Mai stattfindenden Reichstagswahlen einzugreifen, welche bereits im ganzen Reich in vollem Gange ist.

Die Kandidatenlisten der einzelnen Parteien für die 35 Wahlbezirke sind so gut wie fertiggestellt, und an den Reichswahllisten der einzelnen Parteien, die durch die Proportionswahlen erheischt werden, wird zur Zeit eifrig gearbeitet, eine Arbeit, an der sich die Reichsminister in ihren jeweiligen Parteivorständen nach Kräften beteiligen. Nicht minder wichtig ist die Ausarbeitung der Wahlaufrufe der einzelnen Fraktionen. Auch diese Aufgabe dürfte noch in dieser Woche zu Ende geführt werden, so daß diese Aufrufe an die Wähler unmittelbar nach den Osterfeiertagen erlassen werden können.

Ueber den Aufmarsch der Parteien zur Wahlschlacht verlautet noch nichts bestimmtes, obgleich Gerüchte wissen wollen, ein Zusammengehen des Zentrums mit den Sozialdemokraten in gewissen zweifelhaften Bezirken, um entweder die Kandidaten der einen oder der anderen dieser beiden Parteien durchzubringen, sei in Vorbereitung. Auf der andern Seite wird von einem Liebäugeln des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen gesprochen. Aber, wie gesagt, es handelt sich hier einzig und allein um Gerüchte, etwas Gewisses weiß man nicht, indes dürfte schon die nächste Woche eine Klärung der Lage bringen.

Britische „Abrüstung" Die „Times" berichtet, daß vom britischen Kriegsministerium der Plan gefaßt wurde, die Feuerkraft der englischen Infanterie vom nächsten Jahre an durch Vermehrung der Maschinengewehre zu erhöhen. Zu den jetzt bei jedem Bataillon vorhandenen Maschinengewehrzug mit 8 — im Kriege 12 — Maschinengewehren tritt in den nächsten zwei Jahren je ein weiterer Halbzug mit 4 Maschinengewehren hinzu. Nach Beendigung der schrittweise durchzuführenden Umbildung sollen die Infanteriebataillone aus je 3 Infanteriekompagnien und einer Maschinengewehr-Kompagnie mit 16 — im Kriege 20 — Maschinengewehren bestehen. Die Organisation der Infanterie wird damit der Kavallerie angeglichen, bei der jetzt jedes Regiment eine Maschinengewehr-Schwadron besitzt. Die Neubildung bei den Infanteriebataillonen bedeutet für das ganze stehende Heer Englands eine Vermehrung um 364 Maschinengewehre. Für die in Indien stehenden 45 Bataillone würden bei gleicher Umwandlung weitere 180 Maschinengewehre hinzukommen. Gleichzeitig sollen die Transportmittel der Bataillone derart vermehrt werden, daß alle Maschinengewehre auf Kraftwagen mitgeführt werden können.

Für die Kampfwagen (Tanks) werden folgende Bezeichnungen eingeführt: Die bisher „Tankettes" genannten kleinen geländegängigen Ein- und Zweimannkampfwagen im Gewicht von 4 bis 5 Tonnen werden von nun an als „leichte Kampfwagen" (light tanks) bezeichnet. Die bisherigen leichten Kampfwagen erhalten den Namen „mittlere Kampfwagen."

Französischer Militarismus Der neue französische 10,000-Tonnen-Kreuzer „Duquesne" ist jetzt nach erfolgreichen amtlichen Versuchen seiner Maschinen und seiner Geschütze in Dienst gestellt worden. Das Kriegsschiff ist 626 Fuß lang und 62 Fuß breit. Es ist mit acht 8-zölligen Kanonen bestückt, verfügt über vier Drehtürme, über acht dreizöllige und acht 1½-zöllige Flugzeugabwehr-Geschütze. Es hat sechs Torpedoausstoßrohre und eine besondere Vorrichtung, mit der es die zwei ihm beigegebenen Flugzeuge von 2¼ Tonnen aufsteigen lassen kann. Mit seinen 130,000 Pferdekräften ist der Kreuzer in der Lage eine größere Geschwindigkeit, als man vorausgesehen hat, zu entwickeln, nämlich 25.3 Knoten. Mit Stolz verkündet das französische Marineministerium, daß damit Frankreich den schnellsten 10,000-Tonnen-Kreuzer der Welt besitzt.

Neue Hungersnot in Rußland? Eine neue furchtbare Hungersnot, ähnlich der, die Sowjetrußland im Jahre 1921 heimgesucht hat, wird auch in diesem Jahre in Moskau befürchtet, wie Berichte besagen, die aus der russischen Hauptstadt eingelaufen sind. Wie es heißt, haben die Sowjetkommissäre die Gewalt über die schwierige Situation gänzlich verloren und versuchten mit allen Mitteln, den tatsächlichen Ernst der Lage vor der Oeffentlichkeit geheim zu halten.

Zwischen den Regierungen des europäischen Kontinents ist die drohende Hungersnot in Rußland bereits Gegenstand mehrfacher Besprechungen gewesen. Als bemerkenswert wird die Haltung der deutschen Regierung angesehen, die nicht mehr wie früher rußlandfreundlich sein soll, sondern die kommende russische Wirtschaftskreise jetzt auch als gefahrvoll für die russische Regierung ansehen soll. Ob die russische Regierung zur Verhinderung der drohenden Hungersnot bereits entsprechende Schritte getan hat und welcher Art diese Schritte sind, wenn sie unternommen wurden, ist nicht bekannt.

Rumänien verlangt russisches Gold Nach Meldungen von Bukarester Zeitungen hat die rumänische Regierung das Staatsdepartement in Washington ersucht, ihr die Beschlagnahme des in New Yorker Banken liegende sowjetrussischen Goldes von fünf Millionen Dollar zu bewilligen. Rumänien stützt seine Ansprüche auf das russische Gold darauf, daß die Moskauer Regierung die Rückgabe einer Summe von 350 Millionen Leu (Nominalwert $70,000,000; jetziger Kurswert $21,875,000) verweigert, welche die Bukarester Regierung während der Kriegsjahre in russischen Banken deponierte.

Rumäniens Krise. Professor Nikolaus Jorga, das Oberhaupt der rumänischen nationalistischen Volkspartei, hat in einer öffentlichen Erklärung angedeutet, daß der Sturz der liberalen Regierung unter Vintila Bratianu unmittelbar bevorstehe. Er sagte, daß seine Partei mit Dr. Julian Maniu, dem Führer der nationalen Bauernpartei, der allgemein als Kandidat für die Premierschaft gilt, zusammenwirken werde, fügte aber einschränkend hinzu, daß er persönlich an der nach Karlsburg (Albajulia) einberufenen Versammlung aller Gruppen, die der Regierung Bratianus opponieren, nicht teilnehmen werde. Dieser Konvent wird „die letzte Hoffnung" der Bauernpartei genannt.

In Regierungskreisen wird der Entschlossenheit des Kabinetts Bratianu Ausdruck gegeben, nicht eher zurückzutreten, als bis es „seine Mission" vollendet hat oder bis die Opposition die Versicherung gibt, „die jetzige Politik hinsichtlich der Grundlage der Regierung" — gemeint ist damit die Aufrechterhaltung der Verbannung des früheren Kronprinzen Carol aus Rumänien — fortzusetzen. Bratianu verlangt, daß die Bauernpartei und deren Verbündete ihren Standpunkt über die Verfassungsfragen klar machen, die sich auf die Thronnachfolge beziehen.

Serbisch-italienischer Konflikt. Bei Gelegenheit der Haushaltberatung des Außenamtes in der Skupschtina (serbisches Parlament) kritisierte der Führer der Serbischen Bauernpartei und frühere Außenminister Joza Jowanowitsch heftig die auswärtige Politik Jugoslawiens und fand dabei die einmütige Billigung aller Parteien. Jowanowitsch sagte, die auswärtige Politik der Belgrader Regierung wäre außer dem französisch-südslawischen Vertrag nur von passiver Tätigkeit begleitet. Der Fall von Szentgotthard habe eine Schwächung der Kleinen Entente gezeigt. Rumänien habe gewünscht, einem gemeinsamen Schritt auszuweichen, da Titulescu (der rumänische Außenminister) bestrebt sei, mehr Italien als die Kleine Entente zu befriedigen. Ein Teil der rumänischen Presse behandle Südslawien genau wie die italienische Presse.

Die Stellung Italiens habe sich nach allen Seiten gefestigt. Ungarn habe mit dem Abschluß des italienischen Paktes den Weg zur Revision der Friedensverträge beschritten, Bulgarien nähere sich Italien und auch Griechenland verhandle mit Italien nicht zum Nutzen Südslawiens.

Ferner erklärte der ehemalige Außenminister, Italien und Südslawien würden anscheinend ewige Widersacher sein. Man müßte aber trotzdem den Ausgleich versuchen. Diesen Bestrebungen stehe entgegen, daß Mussolini immer mit Krieg drohe. Die halbamtliche italienische Presse verhehle nicht, daß sich etwas Unausweichliches zwischen Italien und Südslawien vorbereite. Italien schließe diplomatische Pakte gegen Südslawien ab und habe selbst in London gegen die südslawische Anleihe Einspruch erhoben.

Das kleine Oesterreich habe den Mut aufgebracht, wegen der Minderheit in Südtirol Einsprache zu erheben, ohne das Gedonner Mussolinis zu scheuen. Aber die südslawische Diplomatie zeige Unterwürfigkeit trotz der gleichen Interessen.

Jowanowitsch sagte, die Faschistenherrschaft werde nicht ewig dauern; bereits heute hielten amerikanische Wirtschaftler, die Geld in Italien angelegt haben, die Faschistenregierung für erschüttert. Mussolini achte nicht die Abmachungen in der Frage der Minderheit, man dürfe also mit ihm nicht ohne die Bürgschaft Deutschlands, Englands und Frankreichs Verträge abschließen. Die Unterhandlungen müßten zur Revision aller Verträge Jugoslawiens mit Italien führen, und sie seien vor ganz Europa abzuwickeln, da es sich um äußerst wichtige Fragen handle.

Türkei und Italien Ministerpräsident Mussolini ist in Mailand ganz unerwartet eingetroffen und hat mit dem seit einigen Tagen in Mailand weilenden türkischen Außenminister Tewfik Rüschdi Bei im Präfekturpalast längere Zeit konferiert. Die gewöhnlich über politische Vorgänge gut informierte Zeitung „Giornale d'Italia" schreibt, die Zusammenkunft Mussolinis mit dem türkischen Außenminister könne als Anzeichen dafür gelten, daß zwischen Italien und der Türkei ausgezeichnet gute Beziehungen herrschen und der herzliche Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen müsse willkommen geheißen werden.

Tewfik Rüschdi Bei, der als Delegierter der Türkei der letzten Sitzung der Abrüstungs-Vorbereitungskommission in Genf beiwohnte, von wo er nach Italien kam, hat sich nach Pressemeldungen vor der Abreise von Genf über das Gerücht, daß in Konstantinopel eine Balkankonferenz vorbereitet werde, folgendermaßen geäußert:

„Seinerzeit hat der griechische Außenminister einen Vorschlag gemacht, der darauf abzielte, den Frieden am Balkan endgültig zu konsolidieren. Er gipfelte darin, daß die Mächte des Balkans sich unter einander ihre Grenzen garantieren sollten. Wir standen diesem Vorschlag sympathisch gegenüber, aber er wurde nicht weiter verfolgt. Später haben sich einige Balkanstaaten durch Verträge an andere Mächte gebunden. Sie taten das wohl deshalb, weil ihnen dies für ihre Interessen vorteilhaft erschien. Was die Türkei anbetrifft, so pflegen wir zu allen Regierungen gute Beziehungen, ohne eine Bündnispolitik zu verfolgen. Das Locarno im Westen, das die deutsch-französischen Grenzen betrifft, kam unter Verbürgung der Garantiemächte zustande. Es muß erst studiert werden, wie dieses System auf die Balkanverhältnisse anzuwenden wäre."

Der türkische Außenminister betonte, daß nach Erledigung der Fragen vom Mussol und Irak keinerlei Differenzen mehr in dem Verhältnis der Türkei zu England bestehen und fügte hinzu:

„Wir sind mit unserm Friedensvertrag zufrieden. Für uns ist der Friede ein so kostbares Gut, daß ich mir keinen Sieg vorstellen könnte, der uns etwas Besseres geben kann."

Größte Rundfunkstation In Terranuova, zwischen Rom und dem Meere, ist der Bau einer Radiosendestation zu Ende geführt worden, die als eine der größten der Welt betrachtet wird. Die Station hat sechs 690 Fuß hohe Masten, wovon sich einer im Zentrum und die anderen fünf in Entfernungen von 1640 Fuß voneinander befinden. Die mit langwelliger Anlage ausgestattete Station ist für die Verbindung mit Südamerika bestimmt. Im Gebäude befindet sich eine Sendestation mit 3100-Meter-Welle für den Verkehr mit Kleinasien, Mesopotamien und Aegypten, während zwei Stationen mit 40- und 50-Meter-Welle vorhanden sind, die eine ausgezeichnete Verbindung mit Argentinien unterhalten.

Polnisch-litauischer Streit Litauens Forderung von $10,000,000 Schadenersatz für polnische militärische Operationen und die Tätigkeit von Banden stellte alle anderen Fragen der polnisch-litauischen Konferenz in Königsberg in den Schatten. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem polnischen Außenminister Zaleski und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, als letzterer erklärte, er sei informiert worden, daß eine Bande sogenannter Emigranten mit einem Maschinengewehr auf litauisches Gebiet geschossen hätte.

Zaleski erwiderte ihm, er wisse davon nichts, und verteidigte Polens Recht, diesen Emigranten Asyl zu gewähren, worauf Woldemaras erklärte, diese Emigranten betätigten sich gegen Litauen, und die Bildung einer gemischten Untersuchungskommission anregte.

Woldemaras widersetzte sich dann einem Plane einer Grenzverkehrsregelung, die nach Zaleskis Angabe eine „Zollinie" erforderte und sagte, es handle sich mehr um eine „Geheimnislinie", die leicht zu schwersten Verwicklungen führen würde.

Zaleski erklärte hierauf, daß er nicht sehe, wie die Frage von Wilna erörtert werden könne und Woldemaras erwiderte ihm, daß er anscheinend nur bereit sei, Litauen den Schatten zu geben und das Objekt zu behalten.

Nach längeren Verhandlungen wurde dann die Bildung dreier Kommissionen — für die Wirtschafts-, Sicherheits- und Minderheitenfrage — unternommen und die Sitzung vertagt.

Erdbeben in Kleinasien. Laut einer Depesche aus Konstantinopel wurden bei einem Erdbeben in Smyrna (Kleinasien) 55 Menschen getötet und 146 verletzt. Das Dorf Trourfallis liegt in Trümmer, zwei andere Orte sind beschädigt. Das Erdbeben wurde in allen Orten der Umgebung gespürt. Hilfsagenturen unterstützen viele Opfer des Erdbebens, das einen großen Teil von Smyrna beschädigte. Neunzig Prozent der Häuser in dem gestörten Gebiet sind beschädigt, die Verbindungen unterbrochen. In der ganzen Stadt sind Stationen des Roten Kreuzes errichtet.

Beim Eintritt der Stöße war die Bevölkerung von Schrecken gelähmt. Die Leute stürzten aus ihren Häusern. Viele, in Erinnerung an frühere große Unglücksfälle, flohen aus der Stadt.

Kommunisten in China. Einem 14 Jahre alten chinesischen Straßenjungen hat man, wie die Kantoner Behörden bekannt machen, zu verdanken, daß Kanton von einem neuen kommunistischen Aufruhr bewahrt wurde. Der Junge teilte der Polizei vor einigen Tagen mit, daß die Roten einen Aufstand vorbereiten, ähnlich dem, durch welchen im Dezember v. J. in Kanton ein Blutbad angerichtet wurde. Damals gelang es den Kommunisten, sich der Stadt zu bemächtigen und einige Tage in Kontrolle zu bleiben, bis sie nach schweren Kämpfen vertrieben wurden, wobei Hunderte von Menschen ihr Leben verloren.

Die Kommunisten hatten jetzt insgeheim in 18 Lokalen der Stadt Kanton Sammelstellen für den geplanten Aufruhr eingerichtet. Der Knabe hatte zufällig davon Kenntnis erlangt und benachrichtigte die Polizei, welche diese Quartiere durchsuchte. Man fand die Angaben des Jungen vollauf bestätigt. Es wurden 463 Verhaftungen vorgenommen und 238 Kommunisten, einschließlich von acht Frauen, hingerichtet. Die Verurteilten erklärten, gern für ihre Sache sterben zu wollen, und meinten, für jeden von ihnen würden sich zehn andere Kommunisten erheben.

In den überrumpelten Versammlungslokalen wurden Handgranaten, Waffen und Munition in großer Menge vorgefunden, ebenso wie 25,000 rote Halsbinden, ähnlich jenen, die von den Anführern im Dezember v. J. als Erkennungszeichen getragen wurden.

Der Knabe sagt, er habe den kommunistischen Plan erfahren, als er einige der Verschwörer in den Straßen davon reden hörte und vernahm, wie sie den baldigen Sturz der Regierung voraussagten. Er beobachtete dann diese Leute und fand aus, in welchen Häusern sie sich versammelten.

Das größte Nachrichtensystem der Welt

Innerhalb der sieben Jahre, in denen sich die „International Telephone and Telegraph Corporation" entwickelte, haben ihre Linien sich nach fünf Kontinenten und 47 Ländern ausgedehnt. Durch eine Verschmelzung mit den „Postal Telegraph Commercial Cables Companys" hat sich die Corporation zu dem größten Nachrichtensystem der Welt entwickelt.

Vor acht Jahren hatte die „Internationale" Büros in drei Ländern. Ihre vier abhängigen Gesellschaften von 1920 sind auf 31 angewachsen; 1921 beschäftigte sie 1000 Angestellte, heute sind es 51,000. Der Nettoverdienst hat sich von $953,088 vor sieben Jahren auf $14,413,495, der Wert der Anlagen von $13,079,500 auf $164,199,400 vermehrt.

Dieses überraschende Wachstum wurde nicht kampflos erreicht, mächtige ausländische Konkurrenz führte 1925 zum Kampf der Western Electric Company, einschließlich ihrer Rechte auf Ausnutzung der Bell-Patente im Ausland.

Trotz ihres amerikanischen Ursprungs wurde die „Internationale" zu einer kosmopolitischen Organisation, die im Ausland Bürger der betreffenden Länder beschäftigt, eine Politik, die 1920 bei Uebernahme der Telephongesellschaften von Kuba und Portoriko begann.

1924 begann dann das rapide Ausdehnungsprogramm mit Uebernahme des spanischen Telephonnetzes und 1926 schon konnte König Alfonso Madrids automatischen Telephondienst einweihen.

1925 folgte die Uebernahme der Mexikanischen Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft, deren Anlagen verbessert wurden und heute von ganz Nordamerika und Kuba erreichbar sind.

1927 folgte die Kontrolle der 27,000 Meilen Kabel der All-America Cable Company, die die Verbindung mit Süd- und Mittelamerika herstellen. Eine Telephonlinie von Buenos Aires über die Anden nach Chile und die Kontrolle fast aller südamerikanischen Telephongesellschaften dürften in Kürze den Traum von einer Verbindung zwischen zwei beliebigen Telephonen der westlichen Hemisphäre verwirklichen.

Jetzt arbeitet die Internationale an einem Ausbau der Verbindungen Amerikas mit Europa und über Spanien mit Afrika, und ihre Leiter sehen eben noch größere Errungenschaften voraus.

Gefühle, die die Muttersprache weckt

Von Rafael Altamira, von der Kgl. Akademie der Geschichte, Madrid, und Richter am Haager Internationalen Schiedsgericht.

(Der Autor schreibt von Holland aus)

Es gibt nichts, was dem Geschenk vergleichbarer wäre, die Musik unsrer eignen Sprache zu hören, unsere Gefühle und Ideen in dem Idiom auszudrücken, das unsere eigene Geistigkeit verkörpert. Dieses zu entbehren, ist für mich der verzehrendste Hunger, der erschöpfende Durst. Jede Gelegenheit, die sich mir bietet meine Muttersprache zu sprechen, ist wie ein Mundvoll Oxygen, der mein Blut neu belebt, oder wie ein Lichtstrahl, dem sich die Tiefen meiner Seele öffnen, und in dem ich mich wieder zu der Gemeinschaft der Meinigen zurückgekehrt fühle.

Denn inmitten eines arbeitsreichen Lebens in einem fremden Lande leidet das, was das tiefste und ureigenste Wesen unseres Patriotismus ist, beständig an der geringen Möglichkeit, seinen Gefühlen durch die eigene Sprache freien Lauf zu lassen. Diese Entbehrung ist manchmal sehr schmerzhaft. Sie wird nicht ausgeglichen durch die mehr oder minder größere Leichtigkeit, sich in einer fremden Sprache zu verständigen, obgleich unsere armselige Eitelkeit, unseren Gedanken durch fremde Sprachen Geltung zu verschaffen, uns zeitweise schmeichelt.

Es ist etwas ganz anderes als das Wissen oder die Geschicklichkeit eines Sprachkundigen, als die Hoffart, mit Ausländern in ihrer Muttersprache sprechen zu können. Auch ist es nicht das Gefühl des Stolzes, mit dem manche Menschen ihre Muttersprache als die erste oder die einzige in der Reihe der Ausdrucksworte ansehen, und noch viel weniger die impertinente Eitelkeit, mit der andere fremde Sprachen verachten und der Welt erklären: „Wenn du etwas von mir willst, lerne meine Sprache", obgleich gerade sie es in den meisten Fällen sind, die etwas von den anderen wollen. Nein, dieses Leiden, auf das ich mich beziehe, berührt die Quelle der stärksten Gefühlsbewegungen, die es im „Nationalismus" gibt, wobei ich unter letzterem den vertrauten Sinn geistiger Zugehörigkeit zu einem Volke verstehe.

Diejenigen, die zum Vergnügen reisen, und sei ihre Reise noch so lang, wissen genau, daß die Reise nur eine Episode in ihrem Leben oder in ihrem Jahresprogramm sein wird, daß sie in ihr Vaterland und zu den Ihren zurückkehren und wieder täglich ihre Muttersprache sprechen werden. Sie werden daher jene Entbehrung des gewohnten Milieus nicht so empfinden wie diejenigen, die sich lange im Auslande aufhalten müssen und die Fahrt nach ihrer heimatlichen Scholle nicht dann unternehmen können, wenn sie es gerne möchten, oder wenn das Heimweh sie quält. Gerade diese Entbehrung erhöht für uns den Wert unserer Sprache; sie verleiht jedem Worte, was Wohlklang und Gedanken anbelangt, Werte, die wir früher nie wahrnahmen; Inhalte, die wir früher nicht errieten; eine Musik, deren Harmonien uns bis ins Innerste erschüttern, und die früher, weil wir an sie gewöhnt waren, unbeachtet blieb.

Es gibt in der nordamerikanischen Literatur eine Erzählung, die das traurige Schicksal eines Mannes schildert, der sein Vaterland verfluchte, und der zur Strafe niemals dahin zurückkehren und mit niemanden von ihm sprechen durfte. Es ist die Erzählung von Edward Everett Hale: „The Man without a Country".

Aber jener Mann, der sich in Kummer verzehrt über sein tragisches Los, nie wieder die Felder und Häuser, mit denen die Erinnerung an seine Kindheit verknüpft war, wiedersehen zu dürfen, kann doch wenigstens mit anderen in seiner Muttersprache sprechen, und solange er das kann, befindet er sich so gut wie in seinem Vaterlande, wenn er auch dessen Boden nicht betreten darf.

Diejenigen, die ihn bestraften, waren trotz der Härte der ihm auferlegten Strafe nachsichtig mit ihm. Vielleicht kam der Autor der Erzählung nicht dazu, sich jenes Maximum an Strafe auszudenken, die darin besteht, daß es einem versagt ist, die Muttersprache zu sprechen.

Man wird also verstehen, warum ich meine Landsleute, die mich hier aufsuchen, so außerordentlich gern sehe —, denn, abgesehen von den persönlichen Beziehungen, die mich mit jedem einzelnen von ihnen verknüpfen, abgesehen von der willkommenen Gelegenheit, mit ihnen in der Muttersprache sprechen zu können — ist es mir die größte Befriedigung, einmal wieder hemmungslos in ihr zu schwelgen, die die geistige Fahne meines Volkes, das echteste und größte Werk ist, das seine Geschichte hervorbrachte, und die sein lebendigstes und unwandelbares Antlitz darstellt.

Zuschriften ohne Unterschrift.

Immer wieder erhalten wir Zuschriften ohne Unterschrift und ohne genaue Angabe der Adresse des Einsenders. Solche Korrespondenzen werden von uns nicht beachtet und nicht veröffentlicht. Wer etwas mitzuteilen oder zu besprechen wünscht, möge uns gefl. Name und Adresse bekannt geben.

Pflege die deutsche Muttersprache in Wort, Schrift und Lied! Sie ist die schönste Sprache der Welt.